

(Kersten Artus)

auf das Amt für Gesundheit und 62 auf das Institut für Hygiene und Umwelt.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Nicht zu fassen!)

Objektiv wird durch diese Lücken die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt und das ist ein Skandal, sehr geehrte Herren und Damen.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem ist kritikwürdig, dass sich Katastrophenübungen in unseren Krankenhäusern bislang ausschließlich auf Verletzungen ausrichteten. Ein Ansturm an Durchfallerkrankten erreicht doch ganz andere Dimensionen, wie wir jetzt sehen, als wenn Verletzte eingeliefert werden. Auch hier hat die Gesundheitspolitik in Hamburg in den letzten Jahren eindimensional gedacht.

Dann haben Sie, sehr geehrte Frau Senatorin Prüfer-Storcks, bereits vor zwei Wochen gesagt, dass die Krankenhäuser an den Grenzen ihrer Kapazitäten angekommen seien. Da aber die Anzahl der Infizierten und auch die Anzahl der am HUS-Syndrom Erkrankten seitdem ständig gestiegen ist, frage ich mich, wie diese offenbare Grenzüberschreitung dann kompensiert wurde. Da mich das Pflegepersonal auch direkt anspricht, weiß ich, dass diese Grenzüberschreitung auf Kosten der Beschäftigten in den Krankenhäusern geht. Nun ist den völlig erschöpften Menschen in mindestens einem Krankenhaus auch noch eine Urlaubssperre angedroht worden.

Der Fachkräftemangel beim Pflegepersonal macht sich jetzt auf furchtbare Weise bemerkbar und deswegen hat die Links-Fraktion der Gesundheitsministerin gestern den Vorschlag unterbreitet zu prüfen, ob die Rückkehrerinnen und Rückkehrer zur Stadt nach der Privatisierung des LBK eine Zeit lang wieder in den Krankenhäusern eingesetzt werden können, vorausgesetzt, sie sind dazu bereit und es handelt sich um Stellen, die sie auch ausfüllen können.

Die Links-Fraktion will bei den anstehenden Haushaltsberatungen einfordern, dass die Versorgungslücken im Hamburger Gesundheits- und Verbraucherschutzsystem geschlossen werden. Sie, sehr geehrte Senatsmitglieder, würden gut daran tun, Ihre bisherigen Pläne umgehend zu überarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Niemand konnte vorhersehen, wie diese Seuche sich ausbreiten wird. Niemand hat bisher gefunden, welche Träger diesen Erreger unter die Menschen gebracht haben und niemand weiß bisher, wo die Ursache dafür in Wirklichkeit

liegt. Dies nun denjenigen anzukreiden, die seit Mitte Mai unentwegt Tag und Nacht und sieben Tage die Woche daran arbeiten, es herauszufinden, geht meiner Ansicht nach entschieden zu weit.

(Beifall bei der SPD)

Es ist im Gegenteil so, dass wir uns selbstverständlich dem Dank an alle, die an dieser Sache arbeiten, ob in Behörden, in Forschungsinstituten, in Krankenhäusern und wo auch immer, anschließen. Selbstverständlich wünschen wir uns den Rückgang der Seuche – erste Hoffnungsschimmer gibt es bereits –, wir wünschen uns aber mindestens genauso sehr, dass die Ursache dafür gefunden wird.

(Beifall bei Annkathrin Kammeyer SPD)

Dies ist allerdings nicht gesichert. Es gab bisher schon mehrere solcher EHEC-Erkrankungen, wenn auch nicht in diesem Ausmaß. Es muss leider konstatiert werden, dass fast nie festgestellt werden konnte, woher sie genau kamen. Dieser Erreger ist extrem schwer zu finden. Das zeigt sich auch daran, dass bisher alle Bemühungen erfolglos waren, obwohl mittlerweile auch auf EU-Ebene angekommen ist, dass die Bemühungen hierzulande nicht nur ausreichend, sondern vorbildlich waren. Der EU-Verbraucherkommissar äußerte sich heute positiv über die Bekämpfung der EHEC-Infektionswelle in Deutschland. EU-Experten hätten sich in den vergangenen Tagen ein Bild gemacht und seien von den Anstrengungen beeindruckt gewesen, so die "Süddeutsche Zeitung" von heute Mittag. Wenn man jetzt den Vorwurf erhebt, dass irgendwo etwas versäumt worden sei, ist das schlicht verfrüht.

(Beifall bei der SPD)

Es heißt allerdings nicht, dass nicht hinterher selbstverständlich unbedingt analysiert werden muss, was besser gemacht werden könnte in der Zukunft.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Was sagen Sie zu den Vorzahlen?)

Aber jetzt schon auf solch eine Art und Weise Kritik zu üben, ohne eine solche Analyse in Ruhe durchgeführt zu haben, erinnert an einen bestimmten Begriff – das Wort beginnt mit "Klug" und endet dann so, dass ich es nicht aussprechen darf –, geht weit an der Sache vorbei und ist nicht zielführend. Wir sollten stattdessen ruhig, wie wir dies auch in den vorhergehenden Jahren bei ähnlichen, nicht ganz so schlimmen Wellen wie beispielsweise der Schweinegrippe getan haben, und ohne die Bevölkerung zu beunruhigen zusammen daran wirken, dass dieses Problem überwunden wird, dass es anschließend analysiert wird und die Schäden, die insbesondere bei den Landwirten auftreten, abgemildert werden; auch das ist notwendig.

(Dr. Martin Schäfer)

(Beifall bei der SPD)

Die Veröffentlichungspolitik der Behörde war von Anfang an richtig. Man musste in dem Moment, in dem irgendein begründeter Verdacht bestand, woher die Ursache kommen könnte, unbedingt warnen. Man musste an die Öffentlichkeit gehen, man hätte es niemals verschweigen dürfen. Insofern war auch richtig, dass diese Warnungen ausgesprochen worden sind.

Es gibt keinerlei Anzeichen, dass in irgendeiner Weise Schadensersatzforderungen geltend gemacht werden könnten, auch nicht, was die spanischen Gurken anbelangt, denn EHEC-Erreger wurden auf ihnen immerhin gefunden. So ist es auch weiterhin richtig, dass jetzt zusätzlich an Stellen gesucht wird, die weit über die bisherigen Untersuchungen hinausgehen. Wir werden alles daran setzen, dass der Grund für diese Epidemie gefunden wird, um dann in Zukunft, gern auch entlang dessen, was Sie gerade angesprochen haben, schauen zu können, wie diese Dinge nach Möglichkeit eingedämmt werden können. Es wird nie gelingen, sämtliche Möglichkeiten im Vorfeld schon zu erkennen, aber wir müssen natürlich analysieren und anschließend sehen, wie in solchen Fällen schnell und wirkungsvoll reagiert werden kann.

Jetzt ist alles das, was getan werden konnte, auch getan worden, davon bin ich überzeugt. Wir sollten deswegen zusammenstehen und in Ruhe und ohne irgendjemanden in Panik zu versetzen, weiterhin versuchen, die Seuche so weit in den Griff zu bekommen, dass die Infektionswelle zurückgeht und der Erreger und die Ursache für die Verbreitung gefunden werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Stemmann.

Hjalmar Stemmann CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bis heute haben wir in Hamburg über 900 EHEC-Fälle, die Tausendergrenze wird wahrscheinlich noch vor dem Wochenende fallen. Damit übersteigt die Zahl der aktuellen Fälle in unserer Stadt bereits seit gestern die bundesweite Gesamtzahl von 2009. Damals gab es bundesweit 836 Erkrankungen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Auch die CDU-Fraktion schließt sich natürlich dem Lob an die beteiligten Krankenhäuser, die Ärzte, das Pflegepersonal und die Wissenschaftler an. Dort wird tolle Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU)

Der Dank geht nicht nur an die direkt mit EHEC- und HUS-Patienten belegten Krankenhäuser, son-

dern an alle Hamburger Kliniken, die sich seitdem verstärkt um die übrigen Notfälle kümmern.

Dank auch an die bundesweite Solidarität. So haben allein in dieser Woche am UKE neun Gesundheits- und Krankenpfleger aus Heidelberg und von der Bundeswehr ihre Arbeit aufgenommen. An dieser Stelle sei auch ein Hinweis erlaubt auf die hohen Krankenhausinvestitionen der CDU-geführten Senate. Laut Angaben aus dem UKE haben der Neubau und die elektronische Patientenakte sehr zur schnellen und notwendigen interdisziplinären Zusammenarbeit der verschiedenen Spezialisten geführt.

(Beifall bei der CDU)

Erschreckend ist die rasch wachsende Zunahme an Fällen der lebensbedrohenden Folgeerkrankung HUS, die zu Nierenversagen führt. Daher geht auch ein Lob an die nephrologische Fachgesellschaft, die kurzfristig ein wissenschaftlich abgesichertes Protokoll erstellt hat, um das bereits in der Kinderbehandlung erfolgreich eingesetzte Medikament Eculizumap auch für die Behandlung von diesmal den stärker betroffenen Erwachsenen zu ermöglichen. Am Rande zu erwähnen ist, dass der Hersteller dieses eigentlich sehr teure Medikament kostenfrei für diese Behandlung zur Verfügung stellt.

(Beifall bei *Birgit Stöver CDU*)

Im Gegensatz zu bisherigen Verläufen ist auffällig, dass die Anzahl der betroffenen Kinder zum Glück nicht mehr so stark ist. Waren 2009 44 Prozent der Betroffenen Kinder unter fünf Jahren, sind es jetzt überwiegend Erwachsene. Aktuell sind im UKE rund 83 Prozent der Erkrankten Erwachsene, davon überproportional viele Frauen, nämlich 60 Prozent an der Gesamtzahl. Bei HUS sind es bereits 70 Prozent Frauen.

Damit komme ich zu einigen wenigen Kritikpunkten. Wenn an dieser Krankheit ungewöhnlich wenige Kinder erkranken, können dann Gurken die Auslöser sein? Starker Gurkenkonsum gerade bei Kleinkindern spricht dann eher für einen anderen Erreger. Ich weiß, wovon ich spreche, denn ich habe selber zwei Gurken in Massen vertilgende Kinder.

Kam die erste Warnung – ausgesprochen, bevor der Erreger in Münster isoliert werden konnte – zu früh? War die Datenlage ausreichend? Trotz Entlastung gab es keine Entwarnung. Über die Folgen für die landwirtschaftlichen Erzeuger werden wir in einer zweiten Runde zu sprechen haben. Sind die Gesundheitsämter der Bezirke nicht mit dieser Masse an Fällen hoffnungslos überfordert? Allein in Hamburg-Nord waren es in den ersten zwei Wochen 159 Fälle, wie die Antwort auf unsere Kleine Anfrage ergab, gegenüber zehn Fällen im ganzen Jahr 2010. Im Nachhinein wird geklärt werden müssen, ob die Hamburger Strukturen für eine der-